

**Heiko Heinisch**

**Stellungnahme für den Ausschuss für Inneres und Heimat des Deutsche Bundestages:  
„Finanzierung des politischen Islamismus in Deutschland offenlegen und unterbinden“  
BT-Drucksache 20/1012 von Heiko Heinisch**

Nach dem 11. September 2001 sorgten dschihadistische Terroranschläge in Madrid (2004) und London (2005) neuerlich für weltweite Aufmerksamkeit, um zwischen 2015 und 2017 mit 311 Toten bei acht schweren und einer Reihe kleinerer Anschläge<sup>1</sup> in Europa einen traurigen Höhepunkt zu erreichen. 2014/15 erlangte zudem der Islamische Staat (IS) seine größte Ausdehnung in Irak und Syrien. Während die Welt gebannt auf diese für Europa und die USA neue Form terroristischer Gewalt blickte, leiteten legalistische Islamisten erfolgreich die dritte Phase ihrer Etablierung in Europa ein. Organisationen wie die Muslimbruderschaft und ihre türkische Schwester, die *Milli Görüş* Bewegung oder die pakistanisch, indisch, bengalische *Jamaat-e-Islami* konnten von den Anschlagswellen in Europa und Nordamerika und der Entstehung des IS und der damit einhergehenden Mobilisierung in Westeuropa profitieren.

Sie profitierten, weil politische Entscheidungsträger verzweifelt nach muslimischen Ansprechpartnern Ausschau hielten, in der Hoffnung, mit ihnen die Gefahr eines religiösen Extremismus verbannen oder zumindest eindämmen zu können. Organisationen des gewaltfrei operierenden politischen Islam hatten die Zeichen der Zeit erkannt und präsentierten sich als Vertreter aller Muslime.

Ahmed Akkari, ein in Dänemark lebender, aus dem Libanon stammender ehemaliger führender Muslimbruder erläutert in einem Interview in wenigen Worten die Strategie seiner Organisation: „Wir haben verstanden, dass der Westen kurzsichtig ist und im Grunde nur drei Dinge von uns will: Geld, Wählerstimmen und Nicht-bin-Laden-Sein.“<sup>2</sup>

Nicht-bin-Laden-Sein – also gewaltfrei zu agieren – ist von Bedeutung, weil sich darin ein Zugang politischer Entscheidungsträger zum politischen Islam offenbart, der sich grundsätzlich vom Zugang zu anderen politischen Extremismen, etwa zum Rechtsextremismus, unterscheidet: Beim Rechtsextremismus besteht weitgehender Konsens, dass die Ideologie an sich problematisch ist und Gewalt nur eine ihrer vielen Erscheinungsformen darstellt. Dementsprechend trachtet man danach, auch dem ideologischen Umfeld das Wasser abzugraben. Beim Islamismus hingegen wird eine klare Grenze zwischen gewaltbereiten, dschihadistischen Strömungen und gewaltablehnenden, legalistisch arbeitenden Akteuren gezogen. Es geht also nicht um die Ideologie und die politischen Ziele der Akteure, sondern um die Strategie, mit der sie versuchen, diese Ziele zu erreichen.

An dieser Stelle muss jedoch betont werden, dass sich die Zugänge politischer Entscheidungsträger auf der einen Seite und der Sicherheitsbehörden auf der anderen deutlich voneinander unterscheiden. In fast sämtlichen Berichten der Verfassungsschutzämter werden verfassungsfeindliche Tendenzen diverser legalistisch islamistischer Akteure beschrieben. Dennoch arbeiten Verwaltungen und Regierungen auf den verschiedenen Ebenen, von den

---

<sup>1</sup> Auf die Redaktion von Charlie Hebdo in Paris, in Kopenhagen, Paris, Brüssel, Nizza, Berlin, Manchester und Barcelona.

<sup>2</sup> Lorenzo Vidino: *The Closed Circle. Joining and Leaving the Muslim Brotherhood in the West*, New York 2020, S. 79.

Kommunen bis zur Bundesregierung mit politisch islamischen Akteuren zusammen. Viele dieser Player erhalten Förderungen der öffentlichen Hand und sind nicht selten Partner in Deradikalisierungs- und Präventionsprojekten.

#### Exkurs: Die Ideologie des politischen Islam

Die meisten islamistischen Bewegungen und Organisationen beziehen sich auf den Gründer der Muslimbruderschaft, Hasan al-Banna, der auf dem Islam aufbauend eine politische Ideologie und eine Strategie zu deren Durchsetzung entwickelt hat. Letztere kann als eine Art Graswurzelbewegung betrachtet werden. Beim Islamismus oder politischen Islam – beide Begriffe werden in der Forschung oft synonym verwendet – handelt es sich um eine antiwestliche Ideologie, die ein Gegenmodell zu Säkularismus und pluralistischer Demokratie verspricht. Grundlage ist ein dichotomes Weltbild, das die Welt in Gläubige und Ungläubige, in Muslime und Feinde derselben einteilt und eine idealisierte Gemeinschaft der Muslime (Umma) imaginiert. Der Islam wird als untrennbare Einheit von Glauben, Staat und Individuum und als allen anderen Religionen und Weltanschauungen überlegen proklamiert. Männer und Frauen seien zwar vor Gott gleichwertig, ihre Gleichberechtigung im Diesseits wird jedoch als Verstoß gegen die von Gott gegebenen unterschiedlichen Rechte und Pflichten abgelehnt. Zu den ideologischen Bausteinen des politischen Islam zählt zudem, entgegen der historischen Realität des islamischen Imperialismus, ein Opfermythos: Die gesamte Geschichte der vergangenen 1400 Jahre wird aus der Perspektive einer islamischen Gemeinschaft in steter Bedrängnis erzählt, einer Gemeinschaft, die sich bis heute ihrer Feinde erwehren müsse.<sup>3</sup>

Ein so verstandener Islam wertet Nicht-Muslime, andere Religionen, Weltanschauungen und Lebensentwürfe ab und ist seit seiner Formulierung durch Hasan al-Banna in den 1920er Jahren im Kern antisemitisch. Die aufgezählten Elemente werden mit unterschiedlichen Gewichtungen von allen Strömungen des politischen Islam, geteilt. Bei allen Unterschieden und Richtungskämpfen eint alle Strömungen des politischen Islam zudem die Utopie einer geeinten islamischen Weltgemeinschaft unter einem Kalifat.

Kurz gesagt haben wir es beim politischen Islam neben der kommunistischen, der faschistischen und der nationalsozialistischen mit einer weiteren totalitären Ideologie zu tun. Der Unterschied zwischen gewalttätigen, also dschihadistischen Strömungen und gewaltfrei agierenden, legalistischen Strömungen ist weniger ein ideologischer als ein strategischer.

Dschihadisten und Legalisten unterscheiden sich in der Wahl ihrer Mittel, aber es wäre falsch, zweiseitig als grundsätzlich gewaltfrei zu betrachten. Die Muslimbruderschaft und *Milli Görüş* etwa pflegen ein taktisches Verhältnis zur Gewalt. Gewalt ist nicht das erste Mittel der Wahl und darf nicht angewendet werden, wenn der Schaden größer wäre als der Nutzen.<sup>4</sup> Im Emblem der Muslimbruderschaft spiegelt sich das Verhältnis zur Gewalt: Zwei unter dem Koran gekreuzte Schwerter mit der darunter stehenden Aufforderung „Seid vorbereitet!“

Hasan al-Banna, der Gründer der Muslimbruderschaft, schrieb einen eigenen Traktat mit dem Titel „Über den Dschihad“. Er beginnt mit den Sätzen: „Der Dschihad ist eine Verpflichtung Allahs gegenüber jedem einzelnen Muslim und kann weder ignoriert noch umgangen

---

<sup>3</sup> Nina Scholz, Heiko Heinisch: Alles für Allah. Wie der politische Islam unsere Gesellschaft verändert, Wien 2019, S. 24 f, 69-73.

<sup>4</sup> Siehe ein 2001 bei einer Hausdurchsuchung bei Yusuf Nada, einem führenden Kader der Muslimbruderschaft, in der Schweiz gefundenes Strategiepapier aus dem Jahr 1982: Scholz, Heinisch: Alles für Allah, S. 43-46. Eine Kopie des Dokuments inklusive englischer Übersetzung findet sich hier: <https://www.investigativeproject.org/documents/misc/687.pdf> [zuletzt aufgerufen: 13.09.2022].

werden. Allah hat dem Dschihad große Bedeutung beigemessen und die Belohnung der Märtyrer und Kämpfer auf seine Weise zu einer großartigen gemacht.“<sup>5</sup>

Zudem unterstützen nahezu alle Organisationen des politischen Islam den bewaffneten Kampf der Hamas gegen Israel, propagandistisch, finanziell und/oder logistisch.

Eine wissenschaftlich nicht gestützte harte Grenzziehung zwischen gewalttätig und gewaltfrei, die in dieser Form im Bereich des Rechtsextremismus berechtigterweise nicht existiert, ermöglichte Akteuren des legalistischen politischen Islam, sich als die gemäßigte, demokratiekompatible Alternative zu präsentieren, als Vertreter des „Islam der Mitte“, ein Begriff, der vom Vordenker und derzeitigen Spiritus Rector der Muslimbruderschaft Yusuf al-Qaradawi geprägt wurde, der die Islamvorstellung der Bewegung als Wasatiyya (= Mittelweg) bezeichnet.<sup>6</sup>

Vertreter des politischen Islam mussten in den vergangenen 20 Jahren nur zeigen, dass sie „nicht bin-Laden“ sind. Dabei kommen ihnen, anders als politischen Extremisten anderer Couleur zwei Faktoren entgegen: Sie oder ihre Vorfahren sind, von wenigen Konvertiten abgesehen, zumeist im Zuge von Migration oder Flucht nach Europa gekommen. Einige europäische Gesellschaften tragen schwer an ihrer Geschichte, an Faschismus, Nationalsozialismus und Kolonialismus. Letzteres verleiht dem Vorwurf des Rassismus in den diversen Debatten ein großes Gewicht. Beides zusammen führt dazu, dass mit zweierlei Maß gemessen und extremistische, demokratiefeindliche Gesellschaftsvorstellungen in migrantischen Communitys nicht in gleicher Weise ernstgenommen, analysiert und kritisiert werden wie in anderen Teilen der Bevölkerung.

Muslime wurden von Medien und Politik zunehmend als eigenständige und besondere Gruppe wahrgenommen, eine Sicht, die von Islamisten gestützt wird. Letztere bestehen auf grundsätzlichen Unterschieden und versuchen, ein Anderssein entlang einer sichtbaren Grenze zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen in der Öffentlichkeit zu etablieren. Politik, Medien, Kirchen und zivilgesellschaftliche Organisationen wiederum sind auf der Suche nach Repräsentanten für *das* Kollektiv der Muslime.

Ein kulturalistischer Blick auf Muslime<sup>7</sup> führte schließlich dazu, dass jegliche Kritik am Islam, an bestimmten Praktiken in konservativen muslimischen Communitys (Zwangsverheiratungen, Kopftuch für Mädchen im Kindesalter etc.), und Kritik an islamischen Organisationen unter Rassismusverdacht geriet.

Organisationen des politischen Islam dominieren heute die großen Islamverbände. Ihre Vertreter und Vertreterinnen sitzen auf verschiedenen Ebenen mit politischen Entscheidungsträgern, Kirchen und NGOs an einem Tisch. Ihr Kapital besteht einerseits aus bereits seit Jahrzehnten existierenden Strukturen, andererseits aus finanzieller Unterstützung durch Saudi Arabien, die Golfstaaten und die Türkei.

---

<sup>5</sup> <https://thequranblog.wordpress.com/2008/06/07/the-complete-works-of-imam-hasan-al-banna-10/> [zuletzt abgerufen: 13.09.2022].

<sup>6</sup> Akademie für Verfassungsschutz: Yusuf al-Qaradawi und das Konzept der Wasatiya, Heimerzheim 2015.

<sup>7</sup> Siehe auch: Heiko Heinisch, Nina Scholz: Europa, Menschenrechte und Islam – ein Kulturkampf?, Wien 2012, S. 29-45.

Nicht zuletzt verschaffte ihnen in den vergangenen 30 Jahren der Aufstieg des politischen Islam in den meisten mehrheitlich islamischen Ländern, wo er zum Mainstream des Islam geworden ist, zusätzlichen Auftrieb. Der syrische Islamwissenschaftler Aziz Al-Azmeh hat diese Entwicklung bereits in den 1990er Jahren als „Islamisierung des Islam“ bezeichnet.<sup>8</sup>

### Schlussbemerkung

In den vergangenen 20 Jahren ist es Akteuren des politischen Islam mit Unterstützung der Politik gelungen, sich an die Spitze des organisierten Islam in Deutschland zu stellen. Weder der Muslimbruderschaft noch der *Milli Görüş* Bewegung geht es dabei um die Integration von Muslimen in die deutsche Gesellschaft. Im Gegenteil. In zwei Studien, die Freitagspredigten in Wiener Moscheen untersuchten, konnte nachgewiesen werden, dass gerade in den Moscheen dieser beiden Gruppen problematische Inhalte verbreitet werden, die der Integration der Gläubigen in die Gesellschaft nicht förderlich sind und dem friedlichen Zusammenhalt in der pluralistischen Gesellschaft im Wege stehen. In einzelnen Predigten wird offen vor zu engen Kontakten mit der nicht-muslimischen Mehrheit gewarnt, die etwa in einer Predigt mit der fauligen Hälfte eines Apfels verglichen wird, der die andere Hälfte (die Muslime) mit ihrem Gestank anstecke.<sup>9</sup>

Anders als im Bereich des Rechtsextremismus fehlt es den politischen Entscheidungsträgern an Kenntnis über das Phänomen des politischen Islam und dessen verschiedene Akteure. Daher sollte nicht nur der „Expertenkreis politischer Islamismus“ weitergeführt, sondern analog zu Österreich eine wissenschaftliche Dokumentationsstelle für politischen Islam eingerichtet werden, die Grundlagenwissen über die Ideologie des politischen Islam und über die verschiedenen Akteure in diesem Feld erarbeitet, um diese Politik, Medien und interessierter Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen und ein dauerhaftes Monitoring in diesem dynamischen Feld zu gewährleisten. Nur so kann verhindert werden, dass ausgerechnet jene Gruppierungen und Aktivisten gefördert werden, die unter Ausnutzung der Demokratie daran arbeiten, diese abzuschaffen und durch eine normativ islamische Ordnung zu ersetzen.

Heiko Heinisch, Historiker, Autor und Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der Dokumentationsstelle politischer Islam in Österreich

---

<sup>8</sup> Aziz al-Azmeh: Die Islamisierung des Islam. Imaginäre Welten einer politischen Theologie, Frankfurt 1996.

<sup>9</sup> Heiko Heinisch, Imet Mehmedi, Zoltan Peter: Moscheen in Wien: Was hat sich seit der Veröffentlichung der Studie „Die Moschee im Integrationsprozess“ im Herbst 2017 verändert?, Wien 2022 (noch unveröffentlicht), S. 94, vergleiche auch: Heiko Heinisch, Imet Mehmedi: Die Rolle der Moschee im Integrationsprozess, ÖIF-Forschungsbericht, Wien 2017.